

Sicherheitspolitische Diskussionskultur

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ETH-ZÜRICH
30. Okt. 2006
BIBLIOTHEK

«Dass man Pläne stets wieder an veränderte Rahmenbedingungen anpassen muss, steht selbstverständlich ausser Frage.»

(Aussage des deutschen Generals Gerhard Back in einem NZZ-Interview vom 13. September 2006)

Sicherheitspolitische Diskussionskultur

Heftige Kontroversen prägen derzeit die Diskussion um die neue Armee und insbesondere um den Entwicklungsschritt 2008–2011. Sachliche Argumente dafür oder dagegen, Emotionen, ideologische Überlegungen und gelegentlich auch «Glaubensfragen» spielen mit. Diskussionen können bereichern. Solange die Beiträge konstruktiv und in ihrer Aussage kohärent sind und der Stil der Auseinandersetzungen den Gepflogenheiten normaler zwischenmenschlicher Kommunikation entspricht, ist nichts dagegen einzuwenden. Etwas schwieriger wird es, wenn mit falschen Fakten und ausserhalb des Gebotes der Fairness gefochten wird. Das darf nicht sein. Die Sache, um die es geht, ist viel zu nobel, als dass man sich auf diese Ebene begeben darf. Die Auseinandersetzungen um die Nuklearbewaffnung der Schweizer Armee und um die militärische Doktrin in den 50er- und 60er-Jahren waren nicht minder heftig. Die SOG entging knapp einer Spaltung, und hohe Offiziere aus beiden Lagern (Züblin, Ernst, Gonard, Uhlmann, Frick, Primault usw.) haben sich mit soliden Argumenten duelliert. Etwas aus der damaligen Zeit beeindruckt besonders. Die Diskussionen bewegten sich auf mehrheitlich höchstem (strategischem) Niveau, und Vertreter der Armee aus beiden Lagern hatten es später in höchste Ränge, bis hin zum Korpskommandanten, gebracht. Das spricht für sich.

Heute hat man gelegentlich den Eindruck, dass sich Öffentlichkeit, Medien, Offiziersgesellschaften, andere engagierte Kreise und Einzelpersonen nicht selten auf Fragen konzentrieren, die nicht zwingend der strategischen Ebene zuzuordnen sind. Es fehlt eine ganzheitliche Optik, in die die zweifellos berechtigten und zahlreichen Einzelfragen eingebettet werden müssen. Dies zu korrigieren ist nicht allein eine Angelegenheit des VBS und der Armee. Im Gegenteil, es wäre bitter nötig, dass in unserem Land eine breite sicherheitspolitische Diskussion jetzt einsetzt, nicht erst, wenn wir von schrecklichen Ereignissen eingeholt werden. Es scheint, dass eine diesbezügliche Kultur nicht existiert – oder noch nicht. Für einen Beginn ist es nicht zu spät. Aber der Wille dazu muss vorhanden sein. Hier ist vor allem das Parlament gefordert.

Natürlich sind solche Diskussionen wenig publikumswirksam. Niemand scheint sich mit derartigen Forderungen exponieren zu wollen, schon gar nicht legt man sich über Jahre gerne auf etwas fest. Mir scheint aber dennoch von existenzieller Bedeutung, dass jetzt eine breite, vor allem politische Debatte darüber zu führen ist, wie die Welt von heute und von morgen eingeschätzt wird und welche politischen, sicherheitspolitischen und finanziellen Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Weil Auseinandersetzungen mit echten strategischen Fragen äusserst anspruchsvoll sind, ist Kompetenz gefragt. Tagespolitische und «subtaktische» Fragen dürfen nicht mehr dominieren, weil sie zu oft Kräfte binden, die dann für wesentlich wichtigere, langfristige Gestaltungsfragen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Andere Staaten – zugegebenermassen nicht alle – tun dies längst, sie publizieren regelmässig ein Weissbuch, das die Politik, das Parlament und die Öffentlichkeit zu solchen Grundsatzdebatten zwingt. Es stände der Schweiz gut an, wenn wir auch sicherheitspolitisch vermehrt vorausschauend, nicht bloss reaktiv, agieren würden. Natürlich, ein Weissbuch wird verpflichtet, es muss. Wenn es diesen Namen verdient, wird man sich sowohl bezüglich Einschätzung der Lage wie auch be-

züglich der Bereitstellung von finanziellen Mitteln auf jeweils einige Jahre hinaus – minimal drei bis fünf Jahre – festlegen müssen. Nochmals, hier ist vor allem das Parlament gefragt.

Die verantwortlichen Stellen der Exekutive und der Verwaltung, auch der Armeeführung, müssten dann aber für diese Zeitdauer vom Parlament den entsprechenden Handlungsspielraum erhalten. Das Weissbuch wird die Grenzen und Auflagen vorgeben. Mir scheint, dass man heute noch nicht bereit ist, dem Staat, der Verwaltung und der Armee diesen Spielraum zu geben. Dies ist im Grunde genommen eine Frage des Vertrauens, und dieses scheint zu fehlen. Mit klaren strategischen und finanziellen Vorgaben und einem System der verwaltungsinternen und parlamentarischen Kontrolle, wie es heute bereits existiert, besteht kein Grund zu einem solchen Misstrauen.

Wir kennen im Grossen und Ganzen die neuen Risiken und Gefahren unserer Zeit. Einige ereignen sich unweit unserer Grenzen. Unsere Nachrichtendienste und andere besonnene Stellen machen immer wieder darauf aufmerksam. Allzu oft bleiben sie allerdings einsame Rufer in der Wüste. Gelegentlich hören wir, dass die Schweiz oder Schweizer kein Ziel terroristischer Anschläge seien (noch unverständlicher sind Aussagen, dass die Neutralität uns davor schütze); als ob es die Entführung nach und Sprengung einer Swissair Maschine 1970 in Jordanien, den Terroranschlag auf eine Coronado der Swissair mit Absturz bei Würenlingen oder den Anschlag auf Schweizer Touristen in Luxor nie gegeben habe.

Die Military Power Revue (MPR) soll einen Beitrag dazu leisten, diese sicherheitspolitische Diskussionskultur zu fördern. Ich hoffe und wünsche mir, dass sie von breiten Kreisen rege dazu genutzt wird. Die Beiträge der hier vorliegenden Ausgabe werden hoffentlich entsprechende Denkanstösse liefern.

Diese Ausgabe enthält Artikel in Englisch und in Französisch. Damit wollen wir jetzt und in Zukunft bewusst auch weitere Kreise ansprechen und die MPR gegenüber dem Ausland öffnen.

Dr. Lindley-French setzt sich in seinem sehr lesenswerten Aufsatz mit der britischen Sicherheitspolitik der Zukunft auseinander und befürwortet eine Neuorientierung der nationalen Sicherheitspolitik.

Oberst i GSt Alain Vuillet untersucht in seinem Beitrag, welche Auswirkungen die zunehmende Urbanisierung auf die Sicherheit der Bevölkerung hat.

Christian F. Anrig analysiert das Battle-Group-Konzept der Europäischen Union.

Anthony H. Cordesman, der bekannte und ausgewiesene Kenner internationaler Konflikte vom Center for Strategic and International Studies in Washington, D.C., legt in einer umfassenden Studie die ersten Lehren aus dem jüngsten Konflikt im Libanon zwischen den israelischen Streitkräften und den Hezbollah vor.

Hanspeter Gubler geht der Frage nach, wie weit und in welcher Form die neuen Reformen und Transformationen europäischer Streitkräfte auch neue Konzepte bei der Ausrüstung und Bewaffnung erfordern.

Ich wünsche Ihnen viel Zeit zur Lektüre und zum Nachdenken.

Jürg Kürsener, Wissenschaftlicher Berater des Chefs der Armee